

CONV 636/03

CERCLE I 13

**BERICHT**

---

des Vorsitzenden des Arbeitskreises zum Gerichtshof  
an die Mitglieder des Konvents

---

Betr.: **Schlussbericht des Arbeitskreises über die Arbeitsweise des Gerichtshofs**

---

1. Entsprechend dem Schema für die Beratungen (siehe Anlage), das der Vorsitz festgelegt hat, ist der Arbeitskreis viermal zusammengetreten, nämlich am 17. und 24. Februar und am 3. und 17. März 2003. Er hat den Präsidenten des Gerichtshofs, Herrn Rodriguez Iglesias, den Präsidenten des Gerichts erster Instanz, Herrn Vesterdorf, und eine Delegation des Rates der Anwaltschaften der Europäischen Union (CCBE) angehört, die aus Lord Brennan (Queens Council) und den Herren Berrisch, Brouwer, Kahn und Waelbroeck bestand.
2. Der Arbeitskreis hat außerdem die Frage aufgeworfen, ob die Frage der Zuständigkeit des Gerichtshofs für die Handlungen der Union in Bezug auf die Bereiche der GASP <sup>1</sup> nach der Abschaffung der drei Säulen geprüft werden sollte. In der Sitzung vom 17. März 2003 wurde vereinbart, dass der Arbeitskreis diesen Punkt in einer späteren Sitzung prüfen wird und dass er gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt gesonderte Vorschläge übermitteln könnte.
3. Die nachstehenden Schlussfolgerungen beziehen sich der Reihe nach auf die einzelnen Punkte des Schemas.

---

<sup>1</sup> Was den JI-Bereich betrifft, so hat der Arbeitskreis die in dem Bericht der Arbeitsgruppe X "Freiheit, Sicherheit und Recht" enthaltenen Empfehlungen zur Kenntnis genommen.

### **Zu Frage a) des Schemas für die Beratungen**

4. Der Arbeitskreis hat die Bestimmungen des Vertrags von Nizza zur Zahl der Richter und Generalanwälte des Gerichtshofs und des Gerichts erster Instanz erörtert. Nach Ansicht des Arbeitskreises sollten diese Bestimmungen in diesem Punkt unverändert bleiben.<sup>1</sup>
5. Was das Verfahren zur Ernennung der Richter und Generalanwälte des Europäischen Gerichtshofs (im Folgenden "der Gerichtshof") und des Gerichts erster Instanz (im Folgenden "das Gericht") anbelangt, so sprach sich die Mehrheit der Mitglieder des Arbeitskreises für eine Beibehaltung der derzeitigen Regelung aus (einvernehmliche Ernennung durch die Regierungen der Mitgliedstaaten). Einige Mitglieder vertraten jedoch die Ansicht, dass die Ernennung durch einen Rechtsakt des Rates erfolgen sollte, und nach Ansicht mehrerer dieser Mitglieder sollte der Rat mit qualifizierter Mehrheit beschließen.
6. Ferner sollte nach Ansicht des Arbeitskreises ein "beratender Ausschuss" eingerichtet werden, der die Aufgabe hätte, für die Mitgliedstaaten eine Begutachtung der Eignung des Profils der Kandidaten für die betreffende Aufgabe anhand objektiver Kriterien für deren berufliche Qualifikation vorzunehmen. Diesem Ausschuss, dessen Beratungen nicht öffentlich wären und der keine Anhörungen durchführen würde, könnten ehemalige Mitglieder des Gerichtshofs und Vertreter der höchsten Gerichte der Mitgliedstaaten angehören; auch das Europäische Parlament könnte einen Rechtsexperten bestellen. Ein Mitglied sprach sich jedoch gegen eine Beteiligung des Europäischen Parlaments aus, da seines Erachtens somit die Gefahr einer Politisierung des Ernennungsverfahrens bestehen würde. Der Arbeitskreis betont, dass die Einsetzung eines solchen beratenden Ausschusses dazu führen könnte, dass die Mitgliedstaaten bei der Auswahl ihrer Kandidaten höhere Anforderungen stellen. In diesem Zusammenhang vertrat der Arbeitskreis die Ansicht, dass die Mitgliedstaaten auch weiterhin nur einen Kandidaten vorschlagen sollten.

---

<sup>1</sup> In diesem Zusammenhang muss über die Frage nachgedacht werden, ob es nach der Erweiterung bei der derzeitigen Anzahl von 11 Richtern in der mit dem Vertrag von Nizza (Artikel 16 Absatz 2 des Protokolls über die Satzung des Gerichtshofs) geschaffenen großen Kammer bleiben soll.

7. Was die Dauer der Amtszeit der Mitglieder des Gerichtshofs anbelangt, so hat der Arbeitskreis zur Kenntnis genommen, dass sowohl der Präsident des Gerichtshofs als auch der Präsident des Gerichts, die zwar die bisherige Regelung vorziehen, dem Vorschlag offen gegenüberstehen, eine längere Amtszeit ohne Möglichkeit der Wiederernennung vorzusehen. In diesem Fall hielten sie eine einzige Amtszeit von 12 Jahren für besser als eine einzige Amtszeit von 9 Jahren, weil letzteres insbesondere aufgrund der Tatsache, dass dann alle viereinhalb Jahre die Hälfte des Gerichtshofs neu besetzt werden müsste, erhebliche praktische Probleme aufwerfen würde. Der Arbeitskreis weist darauf hin, dass insbesondere im Fall einer Amtszeit ohne Möglichkeit der Wiederernennung entschieden werden müsste, wie lange die Amtszeit eines Richters dauern soll, der einen verstorbenen oder zurückgetretenen Richter ersetzt.<sup>1 2</sup> Außerdem würde sich die Ernennung auf die Funktion beziehen, so dass nicht ausgeschlossen würde, dass ein Generalanwalt zum Richter (oder umgekehrt) ernannt wird.
8. Der Arbeitskreis ist der Ansicht, dass in der Verfassung unterschiedliche Amtszeitregelungen für den Gerichtshof und das Gericht festgelegt werden könnten. Eine Mehrheit der Mitglieder des Arbeitskreises hat sich für eine längere Amtszeit der Mitglieder des Gerichtshofs ohne Möglichkeit der Wiederernennung ausgesprochen. Andere Mitglieder hoben allerdings hervor, dass die derzeitige Regelung gut funktioniert hat und dass diese beibehalten werden sollte. Auf jeden Fall schlägt der Arbeitskreis in diesem Zusammenhang vor, im Vertrag ausdrücklich die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Richter zu erwähnen. Was die Richter des Gerichts anbelangt, so war der Arbeitskreis für die Beibehaltung der derzeitigen Regelung (Amtszeit von sechs Jahren mit Möglichkeit der Wiederernennung).

---

<sup>1</sup> Entweder läuft dessen Amtszeit zu dem Zeitpunkt aus, zu dem die Amtszeit des ersetzten Richters ausgelaufen wäre, oder es würde ausdrücklich vorgesehen, dass der ersetzende Richter wiederernannt werden kann, oder aber die Amtszeit des ersetzenden Richters beginnt zum Zeitpunkt seiner Ernennung für eine volle Periode.

<sup>2</sup> Der Arbeitskreis macht des Weiteren darauf aufmerksam, dass bei Inkrafttreten einer solchen Regelung zur Sprache gebracht werden muss, welche Folgen sich für die derzeit laufenden Amtszeiten ergeben.

### **Zu Frage b) des Schemas für die Beratungen**

9. Der Arbeitskreis hat den Gedanken einer Änderung der Artikel 225 a, 229 a und 245 EGV positiv aufgenommen. Die Mitglieder hatten keine grundsätzlichen Einwände dagegen, dass der Rat hier mit qualifizierter Mehrheit beschließt, statt - wie bisher vorgeschrieben - einstimmig. Dies würde insbesondere für Artikel 225 a EGV gelten, der die Bildung neuer gerichtlicher Kammern betrifft.
10. Auch in Bezug auf Artikel 229 a EGV ist die Mehrheit der Mitglieder im Prinzip dafür, dass der Rat mit qualifizierter Mehrheit beschließt.
11. Was nun Artikel 245 EGV anbelangt, der die Satzung des Gerichtshofs betrifft, so sieht diese Bestimmung derzeit einen einstimmigen Beschluss des Rates vor, außer für Titel I der Satzung, der nur im Wege einer Revision des Vertrags geändert werden kann. Hier ist der Arbeitskreis im Prinzip dafür, Artikel 245 EG dahin gehend zu ändern, dass der Rat - außer für Titel I und Sprachenfragen (Artikel 64 der Satzung), über die er einstimmig beschließen müsste - mit qualifizierter Mehrheit beschließt. In Bezug auf die Sprachenfrage wiesen einige Mitglieder darauf hin, dass die derzeitige Praxis des Gerichtshofs geändert werden sollte, wonach der Gerichtshof das Urteil in einer Rechtssache erst dann verkündet, wenn dieses in alle Sprachen übersetzt worden ist; das Urteil könnte in der Verfahrenssprache veröffentlicht werden, während die anderen Sprachfassungen innerhalb der folgenden sechs Monate vorgelegt werden könnten; für diese Änderung der Praxis bedürfte es keiner Vertragsänderung.
12. Nach Ansicht des Arbeitskreises wäre das Gesetzgebungsverfahren auf die oben genannten Bestimmungen anzuwenden. Ein Mitglied betonte, es könne akzeptieren, dass der Rat mit qualifizierter Mehrheit beschließt, ohne dass dabei jedoch das Gesetzgebungsverfahren zur Anwendung gelangt.

### **Zu Frage c) des Schemas für die Beratungen**

13. In Bezug auf die Bezeichnung des Gerichtshofs und des Gerichts ist der Arbeitskreis der Ansicht, dass die Bezeichnung des Gerichtshofs nicht geändert zu werden braucht; sie muss nur dem Umstand angepasst werden, dass es keine "Europäischen Gemeinschaften" mehr geben wird. Der Arbeitskreis hielt eine Änderung dieser Bezeichnung, die schließlich seit 50 Jahren besteht, nicht für angebracht. Der Gerichtshof könnte also "**Gerichtshof der Europäischen Union**" heißen.

14. Was die Bezeichnung des Gerichts betrifft, so stellt der Arbeitskreis fest, dass dieses Gericht in naher Zukunft, wenn die gerichtlichen Kammern für spezielle Streitfälle gebildet werden, nicht immer in erster Instanz entscheiden wird, sondern in manchen Fällen auch die letzte Instanz darstellen wird. Die derzeitige Bezeichnung wäre dann nicht mehr angemessen. Dennoch wird das Gericht über alle direkten Klagen, die nicht in die Zuständigkeit der gerichtlichen Kammern fallen, in erster Instanz entscheiden. Der Arbeitskreis ist also dafür, die Bezeichnung zu ändern, möchte aber jegliche Verwechslungsmöglichkeit mit dem Gerichtshof ausschließen. Aus diesen Gründen - und auch deshalb, weil eine Bezeichnung gefunden werden muss, die keine Übersetzungsschwierigkeiten aufwirft - hat der Arbeitskreis die Möglichkeit ins Spiel gebracht, die Bezeichnung "**Allgemeines Gericht der Europäischen Union**"<sup>1</sup> zu verwenden, um zum Ausdruck zu bringen, dass dieses Gericht das eigentliche, allgemeine Gericht werden soll, und es von den "Fachgerichten" zu unterscheiden. Es gilt als vereinbart, dass mit der neuen Bezeichnung auf jeden Fall die Einheitlichkeit des Organs gewahrt bleiben sollte. Der Arbeitskreis hielt es für zweckdienlich, dass die Juristischen Dienste der drei Organe vom Vorsitzenden des Arbeitskreises ersucht werden, ihm ihre Vorschläge für eine angemessene Bezeichnung des Gerichts zu übermitteln.
15. Die in Artikel 225 a vorgesehenen gerichtlichen Kammern sollen im ersten Rechtszug über bestimmte Kategorien von Klagen in bestimmten Sachgebieten entscheiden. Bisher ist noch keine dieser Kammern gebildet worden; geplant ist aber eine Kammer für Klagen von Bediensteten der Union und eine weitere für gemeinschaftliche Titel für den gewerblichen Rechtsschutz (Patente). Weitere können später ins Auge gefasst werden. Die derzeitige Bezeichnung könnte bestehen bleiben, was nicht daran hindern würde, diese Kammern analog zum "Gemeinschaftspatentgericht" (entsprechend der politischen Einigung am 3. März 2003 im Rat) als "Gerichte" zu bezeichnen. Es wäre allerdings besser, sie als "**Fachgerichte**" zu bezeichnen. Diese Bezeichnung hätte den Vorteil, dass in einigen Sprachen Verwechslungen mit den "Kammern" für bestimmte Streitsachen vermieden würden, die beim Gerichtshof (oder beim Gericht) geschaffen werden könnten, wie es bei den obersten Gerichten der Mitgliedstaaten der Fall ist.
16. Schließlich ist der Arbeitskreis der Ansicht, dass in der Verfassung ausdrücklich angegeben werden könnte, dass die Union über ein Rechtssystem verfügt, zu dem der Gerichtshof, das Gericht, die Fachgerichte sowie die nationalen Gerichte gehören, deren Rolle im Rahmen der ordentlichen Gerichtsbarkeit in der Europäischen Union in der Verfassung hervorgehoben

---

<sup>1</sup> ("Common Court of the European Union"; "allgemeines Gericht der Europäischen Union", etc.)

werden könnte. Der Arbeitskreis weist jedoch darauf hin, dass dieser Vorschlag nicht die Schaffung neuer Institutionen impliziert und dass der Gerichtshof weiterhin im Mittelpunkt des Rechtssystems der Union stehen würde, da die institutionelle Einheit fortbestehen muss.

#### **Zu Frage d) des Schemas für die Beratungen**

17. Was die Frage betrifft, ob Artikel 230 Absatz 4 EGV geändert werden sollte, so hat der Arbeitskreis anhand eines Arbeitspapiers des Sekretariats verschiedene Möglichkeiten erörtert.
18. Dabei hat sich gezeigt, dass die Mitglieder des Arbeitskreises deutlich in zwei Gruppen gespalten waren. Für die erste Gruppe genügt der derzeitige Wortlaut den wesentlichen Erfordernissen eines wirksamen Rechtsschutzes für rechtsuchende Bürger, wenn man berücksichtigt, dass bei dem derzeitigen dezentralen System, das sich auf das Subsidiaritätsprinzip stützt, für den Schutz der Rechte von Einzelpersonen vor allem die einzelstaatlichen Gerichte zuständig sind, die dem Gerichtshof Vorabentscheidungsfragen zur Gültigkeit eines Rechtsakts der Union vorlegen könnten (bzw. vorlegen müssten, wenn es sich um die letzte Instanz handelt); daher wären für diese Gruppe keine materiellrechtlichen Änderungen an Artikel 230 Absatz 4 erforderlich. Nach Ansicht dieser Mitglieder sollte hingegen in der Verfassung ausdrücklich erwähnt werden, dass die nationalen Gerichte gemäß dem Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit (so wie dieser vom Gerichtshof ausgelegt wird) die nationalen Verfahrensvorschriften über die Einlegung von Rechtsbehelfen möglichst so auszulegen und anzuwenden haben, dass natürliche und juristische Personen die Rechtmäßigkeit jeder nationalen Entscheidung oder andere Maßnahme, mit der eine Handlung der Union allgemeiner Geltung auf sie angewandt wird, gerichtlich anfechten und sich dabei auf die Ungültigkeit dieser Handlung berufen können. Es ist somit Sache der Mitgliedstaaten, ein System von Rechtsbehelfen und Verfahren vorzusehen, mit dem die Einhaltung des Rechts auf effektiven gerichtlichen Schutz der sich aus dem Unionsrecht ergebenden Rechte gewährleistet werden kann.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> EUGH, Urteil vom 25. Juli 2002, Rechtssache C-50/00 P, Union des Pequeños Agricultores, Entscheidungsgründe 41 und 42.

19. Die zweite Gruppe ist der Ansicht, dass die Zulässigkeitsbedingungen gemäß Artikel 230 Absatz 4 ("sie unmittelbar und individuell betreffen") für Klagen von Einzelpersonen gegen Rechtsakte mit allgemeiner Geltung zu restriktiv sind. Einige Mitglieder haben daher insbesondere Folgendes vorgeschlagen:
- a) die beiden Bedingungen voneinander trennen, die dann also nicht mehr kumulativ zu verstehen wären;
  - b) "sie unmittelbar und individuell betreffen" ersetzen durch "sie unmittelbar betreffen und ihre Rechtsstellung beeinträchtigen";
  - c) den derzeitigen Wortlaut mit dem Zusatz "oder gegen einen Rechtsakt von allgemeiner Geltung, der sie unmittelbar betrifft und keine Durchführungsbestimmungen enthält" beibehalten;
  - d) den derzeitigen Wortlaut für Gesetzgebungsakte (künftig Gesetze und Rahmengesetze) beibehalten und die Befassung des Gerichtshofs für Rechtsakte ohne Gesetzgebungscharakter erlauben; gegen letztere könnte Klage erhoben werden, wenn eine Einzelperson unmittelbar oder individuell betroffen ist;
  - e) gleicher Vorschlag wie der vorhergehende, wobei aber Einzelpersonen ein Klagerecht gegen Gesetzgebungsakte der Union eingeräumt wird, die keine Durchführungsbestimmungen enthalten.

Zusammen mit dem Vorschlag unter Buchstabe a wurde von einigen Mitgliedern <sup>1</sup> die Einführung einer speziellen Klage zur Verteidigung der Grundrechte vorgeschlagen.

20. Eine Mehrheit der Mitglieder des Arbeitskreises hat sich für eine Änderung des Artikels 230 Absatz 4 ausgesprochen, die in Richtung der nachstehenden Formel geht:

*"Jede natürliche oder juristische Person kann unter den gleichen Voraussetzungen gegen die an sie ergangenen Rechtsakte oder Rechtsakte, die sie unmittelbar und individuell betreffen, sowie gegen Rechtsakte [allgemeiner Geltung/ohne Gesetzgebungscharakter], die sie unmittelbar betreffen und keine Durchführungsbestimmungen enthalten, Klage erheben."*

21. Mit dem Zusatz "die keine Durchführungsbestimmungen enthalten" soll erreicht werden, dass die Ausdehnung des Klagerechts von Einzelpersonen nur für die (problematischen) Fälle möglich ist, in denen eine Einzelperson erst das Recht verletzen muss, um danach vor Gericht gehen zu können. Nach dieser Formel können Einzelpersonen gegen einen Rechtsakt, der ein Verbot bedeuten könnte und keine Durchführungsbestimmungen enthält, vor dem Gerichtshof (dem Gericht) klagen; die Einzelperson kann die Nichtigerklärung des Rechtsakts verlangen, wenn sie nachweisen kann, dass sie unmittelbar von ihm betroffen ist.

---

<sup>1</sup> Siehe WD 3 von Herrn Meyer.

22. Die Mehrheit der Mitglieder, die eine Änderung des Artikels 230 Absatz 4 wünschen, würden die Option "Rechtsakte allgemeiner Geltung" vorziehen. Einige Mitglieder sind allerdings der Ansicht, dass der Begriff "Rechtsakt ohne Gesetzgebungscharakter" gewählt werden sollte, da es somit ermöglicht wird, eine Unterscheidung zwischen Gesetzgebungsakten und Rechtsakten ohne Gesetzgebungscharakter zu schaffen und - wie es im Übrigen der Präsident des Gerichtshofs vorgeschlagen hatte - in Bezug auf Klagen von Einzelpersonen gegen Gesetzgebungsakte ein restriktives Konzept zu verfolgen (hier gilt weiterhin die Bedingung "sie unmittelbar und individuell betreffen"), während in Bezug auf Klagen gegen Rechtsakte ohne Gesetzgebungscharakter ein weniger restriktiver Ansatz verfolgt wird.
23. Der Arbeitskreis scheint aber auch für eine rein redaktionelle Änderung offen zu sein, die vorgeschlagen wurde und die den Anwendungsbereich des Artikels 230 Absatz 4 nicht ändern würde, nämlich der Streichung der Worte "obwohl sie als Verordnung oder als eine an eine andere Person gerichtete Entscheidung ergangen ist". Außerdem wurde vorgeschlagen, das Wort "Entscheidung" durch "Rechtsakt" zu ersetzen. Diese Änderungen entsprechen der Rechtsprechung des Gerichtshofs <sup>1</sup>.
24. Was die Anwendung des Artikels 230 EGV auf die Agenturen und Einrichtungen der Union betrifft, so hat der Arbeitskreis festgestellt, dass die Rechtsakte zur Errichtung von Agenturen in der Regel Bestimmungen enthalten, nach denen gegen die von diesen Agenturen erlassenen Rechtsakte beim Gerichtshof geklagt werden kann <sup>2</sup>. Analysiert man diese Rechtsakte - die im Wesentlichen die unter den EG-Vertrag fallenden Agenturen und Einrichtungen betreffen -, so stellt man fest, dass es verschiedene Fälle gibt:
- Bestimmung, wonach für Klagen gegen die betreffende Behörde unter den Bedingungen des Artikels 230 der Gerichtshof zuständig ist <sup>3</sup>;

---

<sup>1</sup> Siehe hierzu Rechtssache 60/81, IBM/Kommission (Slg. 1981; 2639, Rdnr. 9): "Für die Feststellung, ob die angefochtenen Maßnahmen Handlungen im Sinne des Artikels 173 darstellen, ist daher auf ihr Wesen abzustellen. Nach ständiger Rechtsprechung des Gerichtshofs sind alle Maßnahmen, die verbindliche Rechtswirkungen erzeugen, welche die Interessen des Klägers durch einen Eingriff in seine Rechtsstellung beeinträchtigen, Handlungen oder Entscheidungen, gegen die die Anfechtungsklage nach Artikel 173 gegeben ist. Die Form, in der diese Handlungen oder Entscheidungen ergehen, ist dagegen grundsätzlich ohne Einfluss auf ihre Anfechtbarkeit".

<sup>2</sup> Siehe hierzu das Arbeitsdokument des Sekretariats zum Recht auf Klage gegen Rechtsakte der Agenturen der Union (WD 9).

<sup>3</sup> Dies gilt für die Verordnung Nr. 1035/97 des Rates vom 2. Juni 1997 zur Einrichtung einer Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (Artikel 15) (ABl. L 151 vom 10.6.1997, S.1).



- Bestimmung, wonach jede ausdrückliche oder stillschweigende Handlung der Agentur zur Kontrolle ihrer Rechtmäßigkeit vor die Kommission gebracht werden kann, wobei gegen die Entscheidung der Kommission dann vor dem Gerichtshof Nichtigkeitsklage erhoben werden kann <sup>1</sup>;
- der Rechtsakt enthält keine Angaben zur Kontrolle der Rechtmäßigkeit der Handlungen der Agentur <sup>2</sup>.

25. Angesichts dieser eher disparaten Praxis bezüglich der Kontrolle der Rechtmäßigkeit der Handlungen der Agenturen im Rahmen des EG-Vertrags hat die Kommission <sup>3</sup> dem Europäischen Parlament und dem Rat vorgeschlagen, die Regelung zu vereinheitlichen, indem Artikel 230 EGV auf beschwerende Handlungen aller Agenturen anwendbar wird. Für diesen Ansatz spricht insbesondere, dass der Grundsatz eines wirksamen Rechtsbehelfs, der in der ständigen Rechtsprechung verankert ist (und nun in Artikel 47 der Charta aufgenommen wurde), verlangt, dass es für jede beschwerende Handlung eines Organs, einer Einrichtung oder einer Agentur eine gerichtliche Kontrolle der Rechtmäßigkeit gibt. Es ist im Übrigen nicht möglich, bei der Errichtung einer Agentur kategorisch auszuschließen, dass diese solche Handlungen vollzieht, selbst wenn die Verordnung zu ihrer Errichtung keine Befugnis für förmliche Entscheidungen vorsieht.
26. Eine Mehrheit der Mitglieder des Arbeitskreises empfiehlt daher, Artikel 230 EGV dahin gehend zu ändern, dass außer den von den Organen angenommenen Rechtsakten auch die der *Einrichtungen und Agenturen* der Union einbezogen werden. Dabei ist eine Klage gegen eine Einrichtung oder eine Agentur nur dann zulässig, wenn es um einen "Rechtsakt" im Sinne der Rechtsprechung des Gerichtshofs geht; in dem Rechtsakt zur Errichtung der Agentur könnten im Übrigen spezielle Einzelheiten für die Durchführung der Kontrolle der betreffenden Agentur oder Einrichtung festgelegt werden <sup>4</sup>. Es wurde darauf hingewiesen, dass diese Ausrichtung des Arbeitskreises nur die unter den EG-Vertrag fallenden Einrichtungen und Agenturen betrifft, während die im Rahmen der GASP oder der polizeilichen und justiziellen

<sup>1</sup> Siehe Verordnung (EG) Nr. 2062/94 des Rates vom 18. Juli 1994 zur Errichtung einer Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (Artikel 22).

<sup>2</sup> Siehe Verordnung (EG) Nr. 1406/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Januar 2002 zur Errichtung einer Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs.

<sup>3</sup> Siehe KOM 2002 (718) endg. vom 11. Dezember 2002 zu den Rahmenbedingungen für die europäischen Regelungsagenturen, S. 14 und 15.

<sup>4</sup> Insbesondere bezüglich der Frage, ob der Gerichtshof eine angefochtene Handlung ändern kann (wie im Falle des Markenamts), oder der Personen, die das aktive Recht haben, Klage zu erheben (Beispiel Markenamt oder Sortenamt) oder der Notwendigkeit, zunächst bei der Kommission Beschwerde einzulegen, falls diese Sonderregelung beibehalten werden sollte.

Zusammenarbeit in Strafsachen tätigen Einrichtungen und Agenturen im Lichte der Bestimmungen für diese Politikbereiche geprüft werden müssen, da diese möglicherweise bestimmte Besonderheiten aufweisen, die in den Rechtsakten zur Errichtung dieser Einrichtungen oder Agenturen geregelt werden könnten. Ein Mitglied des Arbeitskreises hat erklärt, dass es sich nicht der allgemeinen Empfehlung des Arbeitskreises zu dieser Frage anschließen könne, wobei es geltend machte, dass diese wesentliche Auswirkungen mit sich bringe und zu einem späteren Zeitpunkt unter Berücksichtigung der besonderen Merkmale jeder Agentur zu prüfen wäre.

27. Ferner haben einige Mitglieder beantragt, Artikel 230 EGV dahin gehend zu ändern, dass für die nationalen Parlamente, den Ausschuss der Regionen und/oder die Regionen ein Klage-recht für Subsidiaritätsfragen vorgesehen wird. Der Arbeitskreis ist sich jedoch darin einig, dass es sich hierbei um bereits vom Konvent geprüfte Fragen handelt und dass es nicht dem Arbeitskreis, sondern dem Präsidium obliegen würde, gegebenenfalls die Schlussfolgerungen aus den Ausrichtungen zu ziehen, die der Konvent möglicherweise zur Abfassung der Änderungen an Artikel 230 EGV festlegt.

### **Zu Frage e des Schemas für die Beratungen**

28. Was die Regelung in Bezug auf Sanktionen im Falle der Nichtbefolgung eines Urteils des Gerichtshofs anbelangt, so haben die Mitglieder festgestellt, dass die derzeitige Regelung nicht wirksam genug ist, da die vom Gerichtshof verurteilten Mitgliedstaaten Jahre warten können, bevor ihnen eine Geldbuße auferlegt wird. Der Arbeitskreis ist daher der Auffassung, dass Mittel und Wege gefunden werden müssen, um die Regelung in Bezug auf Sanktionen im Falle der Nichtbefolgung von Urteilen des Gerichtshofs effizienter zu gestalten und zu vereinfachen. Hierzu wurden folgende Vorschläge unterbreitet:
- a) Straffung der Sanktionsregelung in Artikel 228 EGV durch Abschaffung der beiden Phasen, die der Befassung des Gerichtshofs bezüglich der Verhängung von Sanktionen vorgeschaltet sind und in denen dem betreffenden Mitgliedstaat Gelegenheit zur Äußerung gegeben wird und die Kommission dann eine mit Gründen versehene Stellungnahme abgibt, oder durch Abschaffung mindestens einer dieser beiden Phasen<sup>1</sup>; eine breite Mehrheit befürwortete diesen Vorschlag.
  - b) Möglichkeit der Kommission, den Gerichtshof *gleichzeitig* (in ein und demselben Verfahren) mit einer Klage wegen Vertragsverletzung nach Artikel 226 EGV und einem

---

<sup>1</sup> Eine solche direkte Befassung des Gerichtshofs durch die Kommission oder durch einen Mitgliedstaat stellt keine Neuerung dar: Sie ist im Vertrag bereits für bestimmte Fälle vorgesehen, wenn beispielsweise ein Mitgliedstaat die aus Verteidigungsgründen oder für Krisenfälle vorgesehenen Ausnahmen missbraucht (Artikel 298).

Antrag auf Verhängung einer Sanktion zu befassen. Verhängt der Gerichtshof auf Antrag der Kommission im Urteil auch eine Sanktion, so würde diese nach einer gewissen Frist ab Verkündung des Urteils gültig <sup>1</sup>, falls der beklagte Staat dem Urteil nicht nachgekommen ist. Eine Mehrheit der Mitglieder hat diesen Vorschlag befürwortet. Eine solche Bestimmung würde das Verfahren insbesondere für Sanktionen bei Nichtmitteilung von einzelstaatlichen Umsetzungsmaßnahmen erleichtern und beschleunigen <sup>2</sup>.

- c) Recht der Kommission festzustellen, dass ein Mitgliedstaat einer ihm nach der Verfassung obliegenden Verpflichtung nicht nachgekommen ist, nachdem sie diesem Mitgliedstaat Gelegenheit zur Äußerung gegeben hat. Dieser Mitgliedstaat hätte das Recht, beim Gerichtshof Klage auf Nichtigerklärung der Kommissionsentscheidung zu erheben. Dieses Konzept würde Artikel 88 des EGKS-Vertrags folgen.

---

<sup>1</sup> Einige vertreten die Ansicht, dass die Höhe der Sanktion (des Zwangsgeldes) in diesem Fall so berechnet werden müsste, dass das Zwangsgeld rückwirkend ab dem Zeitpunkt des Urteils wirksam wird.

<sup>2</sup> In der Praxis unterscheidet man diese Fälle der Nichtmitteilung - in denen der betreffende Mitgliedstaat keine Umsetzungsmaßnahme getroffen hat - von den Fällen der nicht ordnungsgemäßen Umsetzung - in denen die von dem betreffenden Mitgliedstaat getroffenen Maßnahmen nach Auffassung der Kommission der Richtlinie (oder dem Rahmengesetz) nicht entsprechen. Die vorgeschlagene Bestimmung würde nicht für den zweiten Fall gelten.

## ANLAGE

### Schema für die Beratungen

1. Die Beratungen auf den Plenartagungen vom 5. und 6. Dezember 2002 und vom 20. und 21. Januar 2003 haben gezeigt, dass nach Überzeugung einiger Mitglieder des Konvents eingehend zu prüfen ist, welche Auswirkungen einige Vorschläge, die im Konvent unterbreitet wurden, auf die Arbeitsweise des Gerichtshofs haben könnten. Darüber hinaus wurde es als wichtig erachtet, dem Gerichtshof und dem Gericht erster Instanz Gelegenheit zu geben, sich zu den Fragen zu äußern, die sie betreffen und Gegenstand der Beratungen des Konvents sind. Das Präsidium hielt es daher für angebracht, einen "Arbeitskreis" einzusetzen, der sich mit der Arbeitsweise des Gerichtshofs befasst.
2. Dieser "Arbeitskreis" soll sich insbesondere mit Fragen befassen, zu denen der Konvent noch keinen festen Standpunkt bezogen hat, und könnte vor allem folgende Fragen eingehend prüfen:
  - a) Muss das Verfahren zur Ernennung der Richter und Generalanwälte des Gerichtshofs (Artikel 223 EGV) geändert werden? Wie verhält es sich mit der Ernennung der Mitglieder des Gerichts erster Instanz (Artikel 224 EGV)?
  - b) Ist im Hinblick auf eine erleichterte Anwendung der Artikel 225 a, 229 a und 245 EGV das gegenwärtig geltende Einstimmigkeitsprinzip durch das Prinzip der qualifizierten Mehrheit zu ersetzen?
  - c) Empfiehlt es sich, die Bezeichnung des Gerichtshofs und des Gerichts erster Instanz zu überdenken, oder sollten die gegenwärtigen Bezeichnungen beibehalten werden?
  - d) Sollte der Wortlaut von Artikel 230 Absatz 4 EGV insbesondere betreffend die unmittelbare Klage natürlicher Personen gegen Rechtsakte allgemeiner Geltung der Organe geändert werden? Wie verhält es sich mit Vorschriften der von der EU geschaffenen Einrichtungen und Agenturen?
  - e) Sollte das System von Sanktionen im Falle der Nichtbefolgung eines Urteils des Gerichtshofes wirkungsvoller gestaltet werden? Auf welche Weise? Sollte dies in der Weise geschehen, dass der Gerichtshof die Möglichkeit erhält, in seinen Urteilen Geldbußen für den Fall zu verhängen, dass ein Mitgliedstaat dem Urteil nicht innerhalb einer bestimmten Frist Folge leistet? Sollte dies auf andere Weise geschehen?
3. Der "Arbeitskreis" sollte aufgeschlossen sein für andere Fragen, die seine Mitglieder oder die Mitglieder des Gerichtshofs und des Gerichts erster Instanz gegebenenfalls für erörterungswürdig halten. Es ist geplant, dass der "Arbeitskreis" im Februar drei oder vier Mal zusammentritt und Anfang März 2003 seinen Bericht vorlegt.